

Kirchenaustritte 2014: Magazin-Alsfeld evangelisch redet Tacheles

Author : kirchenbunt

Categories : [EKD](#), [EKHN](#), [Pressespiegel](#)

Date : 24. Juli 2015

"Verantwortung für Kirchenaustritte übernehmen" - das fordert Timo Rieg, Öffentlichkeitsteferent in der EKHN, in einem bemerkenswert pointierten Artikel auf alsfeld-evangelisch.de. Er nimmt vor allem die Kirchenleitungen der EKD und der Landeskirchen in die Pflicht und spart nicht mit Kritik am aktuellen Reformgehebe, das an den eigentlichen Problemen vorbeigeht.

So heißt es u.a.:

Für die neuen Rekordwerte bei den Kirchenaustritten machen Thomas Begrich (EKD), Erzbischof Stephan Burger (Freiburg) und viele andere in der Öffentlichkeit das geänderte Einzugsverfahren auf Kapitalerträge verantwortlich. So groß der Einfluss dieser rein formalen, aber schlecht vermittelten Änderung im Kirchensteuereinzug auch sein mag - die Verantwortung auf Staat und Banken zu schieben ist aus mindestens fünf Gründen unangemessen:

1. Die Vertreter von EKD und Deutscher Bischofskonferenz selbst haben das neue automatische Einzugesverfahren gefordert, wohingegen die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft genau dieses abgelehnt haben (nachzulesen in den Protokollen des Bundestags-Finanzausschusses und der entsprechenden Stellungnahmen der Lobbygruppen im Anhörungsverfahren). Begründet haben die Kirchenvertreter ihre Forderung mit Gerechtigkeit: es sollte sich kein reicher durchs Unterlassen einer separaten Meldung der Kapitalerträge von dem darauf entfallenden Anteil der Kirchensteuer freimogeln können.

2. Das Kirchenamt der EKD hat keine Fachleute für Öffentlichkeitsarbeit zu Rate gezogen, die das Desaster leichterding prognostiziert hätten. Es gab nichteinmal den Versuch einer ökonomischen Abschätzung des Verhältnisses "Mehreinnahmen durch Gerechtigkeit" versus "Verluste durch Kirchenaustritte".

Und zu den Reformprozessen in der EKHN wird angemerkt:

Die Institutionen Kirchen wurschteln derweil weiter vor sich hin, ihre Leitungsgremien sind überwiegend mit sich selbst beschäftigt. Wer die Berichterstattung aus der Kirchensynode der EKHN in den letzten Jahren verfolgt hat, dürfte sich darüber schon des öfteren gewundert haben. Nonstop wird an den Strukturen herumgedoktert, es ist Zeit, eine Verordnung über die korrekte Dienstbezeichnung der stellvertretenden Kirchenpräsidentin zu diskutieren und sich mit dem schweren Schicksal von Dekanen zu befassen, die Dank der beschlossenen Dekanatsfusionen nicht mehr Dekan sein können (die hoch-theologische Lösung für dieses Problem: man zahlt ihnen einfach weiter ihre Zulage, auch wenn sie ihr Dekaneamt fusionsbedingt nicht mehr ausüben können).

In der ersten Generalausssprache zu fast jedem dieser Intern-Themen fordern ein, zwei, drei Kirchenparlamentarier, doch zunächst einmal das Grundsätzliche zu klären, den Auftrag von Kirche, das Besondere des Pfarramtes, die Bedeutung dieser oder jener Berufsgruppe und Tätigkeit, die Wirkung des Verkündigungsdienstes.... Gemacht wird es nie.

[? den ganzen Artikel lesen ...](#)